

Landkreis München, 17.07.2021

Umwelt- und Klimaschutz

Kühler Wind für alle

=====

Von Hubert Grundner

Orkanartige Stürme und extreme Temperaturschwankungen, lang anhaltende Trockenheit hier und sintflutartige Regenfälle dort - die Natur ergeht sich immer öfter in Extremen. So allmählich beschleicht deshalb viele Menschen das beängstigende Gefühl, dass die oft beschworene Klimakatastrophe längst im Gange ist. "Die Bewältigung des Klima-Wandels wird für uns und die nächsten Generationen dauerhaft eine existenzielle Herausforderung bleiben", stellt Thomas Kiesmüller, Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Frischluftzufuhr fest. In einem Schreiben an Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD), die Bezirksausschüsse und die Gemeinden im Münchner Südosten wirbt die BI deshalb nachdrücklich dafür, die Kräfte zu bündeln, um drohende Gefahren, soweit noch möglich, abzuwenden. Die Lokalpolitiker im Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach haben eine solche gemeindeübergreifende Zusammenarbeit jetzt "einstimmig und ausdrücklich" befürwortet.

Die Klimawirkungs- und Risikoanalyse des Umweltbundesamtes vom Juni dieses Jahre warne, so Kiesmüller, unter anderem vor tödlichen Hitzebelastungen in Städten. Die Metropolregion München sei ein konkreter Fall. Eine existenzielle Funktion bezüglich Kaltluftzufuhr und Luftreinigung habe - neben anderen Grünzügen - das Hachinger Tal als Frischluftschneise für das Stadtklima. Dem interkommunalen Strukturkonzept Hachinger Tal zufolge sollen jedoch circa 22 Hektar Ackerflächen dieser Frischluftschneise in ein Gewerbegebiet umgewandelt werden, was die klimaökologische Funktion des Grünzugs erheblich gefährde, warnt die BI. Die einflussreiche Eigentümer-Familiengruppe habe vermutlich mit der Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Gewerbeflächen eine extreme Wertsteigerung im Sinn und werde deshalb - wie in anderen Fällen - versuchen, Politiker und Behörden mit allen Mitteln von dem Vorhaben zu überzeugen.

Derzeit wird ein Klimagutachten zu dem Strukturkonzept erarbeitet und soll Ende 2021 vorgelegt werden. Anschließend soll der politische Abwägungsprozess zwischen Einzel- und Allgemeininteressen beginnen. "Dabei müsste nach den Zielvorgaben von Regionalplan und Landesentwicklungsprogramm dieses Vorhaben gestoppt werden", glaubt man bei der Bürgerinitiative. Das aber sei nach den bisherigen Erfahrungen mit politischen Entscheidungen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz keineswegs sicher.

Das Thema Klima- und Umweltschutz sei nur ein Thema unter vielen anderen Themen, die nicht innerhalb der engen kommunalen Grenzen gut bewältigt werden können. "Kommunenübergreifende Kooperationen sind auch zu Verkehr, Straßen und Radwege, Mobilität, Infrastruktur, Wasserwirtschaft, Freiräume, Erholungsflächen, Arbeiten, Wohnen und so weiter überall dringend erforderlich", mahnt die BI. Als gut funktionierende Beispiele verweist sie auf die Initiative von sieben Würmtal-Gemeinden und drei Münchner Stadtbezirken in der Charta "Zukunftsvision Würmregion 2035+" sowie das "Interkommunale Konzept München Nord". Hier habe der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München die Vertreter der Landeshauptstadt und der angrenzenden Kommunen und Kreise im Norden Münchens beraten und moderiert. In einem Schreiben vom 8. Juni habe der Planungsverband der BI mitgeteilt, dass er dann für Regionalmanagementprojekte tätig werde, wenn die beteiligten Gemeinden die Initiative dazu ergreifen. Die BI kommt deshalb zu dem Schluss: "Wir gehen davon aus, dass der Freistaat Bayern Projekte wie die Frischluftversorgung von Metropolregionen besonders fördern wird, nachdem beispielsweise Ministerpräsident Markus Söder das überarbeitete Klimaschutzprogramm und entsprechende Maßnahmen verstärkt finanzieren möchte."

Die Bürgerinitiative Frischluftzufuhr appelliert deshalb nachdrücklich an die Empfänger ihres Schreibens, den ersten Schritt zu tun und den Vorschlag für ein "Regionalmanagement München Südost" in den zuständigen Gremien der Gemeinden und der Stadt zu behandeln, für übergreifende Zukunftsaufgaben einzurichten und mit dem Thema Umwelt- und Klimaschutz zu beginnen. Die Mitglieder im Bezirksausschuss Ramersdorf-Perlach hatten dem nichts hinzuzufügen - außer ihrer uneingeschränkten Zustimmung für ein solches Kooperationsprojekt.